

## MEINUNGEN

# Wenn Eigentum ein Hindernis ist

**SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** Der Staat muss mehr Anreize zur Vermögensbildung geben

Von Ulrich Blum

Angesichts des Siegeszugs der liberal-bürgerlichen Gesellschaft besteht vordergründig kein Bedarf, sich mit der Frage auseinanderzusetzen: „Wozu Eigentum?“ Denn es begründet Eigenverantwortung, Unabhängigkeit vom Staat und die Chance, einzelne Risiken selbst oder in kleinen Gruppen zu schultern. Ebenso ist der Eigentümer-Unternehmer aus Sicht der Sozialen Marktwirtschaft steter Erneuerer der Wirtschaft; er kann unabhängig vom Quartalsterror des Dax langfristig planen. Er ist konstitutive Stütze einer offenen Gesellschaft mit sozialer Verantwortung.

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein“, postuliert Marx. Die Eigentumsform ist für moderne Gesellschaften relevant. Nach 1990 empfahlen daher Soziologen, bei der Privatisierung im Osten auf die neu entstehende Eigentumsordnung zu achten. Das Erbschaftsteueraufkommen in den neuen Bundesländern liegt bei weniger als zehn Prozent des Westens – ein gesellschaftliches wie ökonomisches Desaster.

Zu wenige Unternehmen haben hier ihren Sitz, und es fehlen private Forschung und Entwicklung als Treiber der Wirtschaft. Die Ausgaben des Schwächsten, Mecklenburg-Vorpommerns, liegen bei zehn Prozent des Niveaus des Stärksten, Baden-Württembergs. Angesichts der demografischen und der wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland muss eine

Kehrtwende eingeleitet werden, um vor allem den Mittelstand zu stärken.

Betrachtet man die Vorschläge zur Erbschaftssteuerreform, die alle öffentlichen Unternehmen verschont, die Privaten aber weiterhin substanziell heranzieht (warum werden Privatwohnungen der Erbschaftssteuer unterworfen, nicht aber Genossenschaftswohnungen?), so stellt sich die Frage, welchen Staat die Regierungsverantwortlichen eigentlich anstreben.

Mittelständischen Unternehmen werden zusätzliche Risiken aufgebürdet. Das Ansparen eines Familienvermögens bei Privatpersonen – ob in Immobilien oder Wertpapieren – wird geschwächt und ist doch weit über die Stabilisierung von Alterseinkünften dringend erforderlich.

Auch die Anrechnung eigenen Vermögens beim Arbeitslosengeld II ist zu hinterfragen. Sie zerstört bei Einkommens- und Vermögensschwachen von vornherein jeden Sparanreiz – man verlässt sich lieber gleich auf den Staat und kann von diesem manipuliert werden.

Eigentum ist staatstragend. Das wachsende Unbehagen an unserer Wirtschaftsordnung ist weniger in der Globalisierung begründet als in einer zunehmenden Ausbeutung der steuerzahlenden Mitte der Gesellschaft und damit ihrer Enteignung. Dadurch wird die Gesamtgesellschaft nicht stärker – und auch nicht die Parteien der Mitte!



Die Ausbeutung der Mitte der Gesellschaft ist Ursache des allgemeinen Unbehagens.

Ulrich Blum ist Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle.